

# Die Welt



Redaction  
und Administration:  
**WIEN**  
IX., Türkenstrasse Nr. 9.  
Telephon 14199.

## Erscheint jeden Freitag.

Zuschriften sind nicht an einzelne Personen, sondern an die Redaction oder Administration: Wien, IX., Türkenstrasse Nr. 9, zu richten.

Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuscripte nicht zurückgesendet.

Sprechstunden der Redaction täglich von  $\frac{1}{2}$  12— $\frac{1}{2}$  1 Uhr.

Preise der Anzeigen:  
laut aufliegendem Tarif.  
Der Inseratentheil  
wird Dienstag abends geschlossen.  
Einzelne Nummern 30 Heller.

**Bezugspreise:** Oesterreich-Ungarn: ganzjährig Kr. 12.—, halbjährig Kr. 6.—, vierteljährig Kr. 3.—. Für das Ausland: Deutschland ganzjährig Mk. 13.70, halbjährig Mk. 6.85, vierteljährig Mk. 3.45, England ganzjährig Shg. 14.—, halbjährig Shg. 7.—, vierteljährig Shg. 3.10, Russland ganzjährig R. 7.—, halbjährig R. 3.50, vierteljährig R. 1.75, Schweiz, Frankreich, Italien, Türkei, Rumänien, Bulgarien, Serbien, Griechenland, Aegypten ganzjährig Frs. 17.—, halbjährig Frs. 8.50, vierteljährig 4.25, Amerika ganzjährig Doll. 3.40, halbjährig Doll. 1.70, vierteljährig Doll. —.85

Nr. 46.

Wien, 14. November 1902 — 14. Marcheschwan 5663.

6. Jahrgang

## Wiener Wahlen.

Ein Zufall hat in Wien zwei Wahlhandlungen einander in zeitliche Nähe gerückt, die die Gesicke der Wiener Judenschaft beeinflussen können, weniger durch das Ergebnis der Wahlen selbst, als durch die Lehren, die wir aus den Vorgängen des Tages ziehen können. Und wie wir Wiener Juden nun einmal sind, haben wir uns selbstverständlich mehr für jene politischen Vorgänge echauffiert, die uns bloss mittelbar treffen können, die Landtagswahlen, als für jene anderen, die ganz direkt an unsere Interessen rühren: die Wahlen der Kultusgemeinde.

Es war eine grosse Aufregung unter den Wiener „Freisinnigen“, als vorige Woche die verschiedenen Spielarten des niederösterreichischen Antisemitismus miteinander um die Mandate für den Landtag kämpften. Und die Juden nahmen in diesem Wahlkampfe eine ganz besondere Stellung ein. Vor einigen Jahren pflegten sie sich noch für den liberalen Kandidaten zu begeistern, der ihnen mit grossen Worten die Versicherung geben musste, dass auch er sich jenen Autoritäten anschliesse, die den Juden für einen Normalmenschen halten. Und das Staatsgrundgesetz mit seinen theoretischen „gleichen Rechten“ war das beliebteste Zitat jüdischer oder gemischt-jüdischer Wählerversammlungen. Die Juden kamen nicht auf den naheliegenden Gedanken, dass die von allen Seiten andringenden Feindschaften ganz spezielle jüdische Gegenmassregeln erforderten. Dass das Judentum infolge seiner inneren Verfassung und durch die hinzutretenden äusseren Umstände eigene Bedürfnisse, jüdische Bedürfnisse habe, das durfte solch ein Kandidat überhaupt nicht wissen. Denn damit wäre die Fiktion der Zugehörigkeit zu der vollkommen „gleichen“ Staatsgesellschaft erschüttert worden. In einer Bescheidenheit, die keine andere Wählerschaft je besessen hatte, verlangten sie von ihrem Vertreter lediglich, dass er nicht geradezu in die Reihen ihrer Feinde trete. Und dies in einer parlamentarischen Körperschaft, die sich selbst als eine Zusammensetzung von Interessen-Vertretungen ansieht, in der jeder Abgeordnete nichts ist, als die körpergewordene „Forderung“ seiner Hintermänner. Es ergab sich die merkwürdige Situation, dass im Kampf zweier Kräfte dem Angreifer

nicht der Verteidiger entgegentrat, sondern dass man mit selbstmörderischer Gerechtigkeits-Schwärmerei bloss den „Unparteiischen“ auf den Kampfplatz schickte. Die Antwort auf einen Hieb war — ein Versöhnungsversuch.

Das waren die alten Zeiten. Die Juden begeisterten sich für Leute, die das Verdienst hatten, keine Antisemiten zu sein. Doch so gut ging es der Wiener Judenschaft diesmal nicht mehr. Auf einen Erfolg der liberalen Partei war kaum mehr zu rechnen. Jene freisinnige Presse freilich, deren Aufgabe es ist, die Juden einzulullen und sie um alles in der Welt nicht zur Klarheit über ihre Lage kommen zu lassen, wollte ihnen noch bis zum letzten Augenblicke vorreden, dass das Zeitalter des Antisemitismus wieder einmal vorüber sei. Und es gelang wirklich, den Leuten den Trugschluss zu suggerieren: Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde. Dass Dr. Lueger ein Antisemit ist, war ja schliesslich nicht schwer zu erweisen. Und da die Deutsche Volkspartei und die alldutsche Partei den Christlich-sozialen die Mandate abnehmen wollten, begeisterten sich die Juden wirklich für jene Leute, die an Stelle der Wiener Abart die kleinstädtische oder die deutschböhmisches Färbung des Antisemitismus setzen wollten. Das geschah infolge des Theatercoups, dass sich alles, was Luegers Gegner war, mit dem Sammelnamen der „freiheitlichen Parteien“ bezeichnen liess. Aus den Wiener Antisemiten wurden „Klerikale“ gemacht. Und die Juden liessen sich zum Kampfe gegen den Klerikalismus führen. Sie merkten es gar nicht, dass es sich um einen Familienstreit handelte, der sie gar nichts anging. Den Christlich-Sozialen konnte kein grösserer Gefallen geschehen, als dass auf der Seite ihrer Gegner auch die Juden standen. Damit waren nämlich sie alle als „Juden und Judenknechte“ stigmatisiert und das Schlagwort für die Kampagne war gefunden. Der Sieg der „Nur-Antisemiten“ war ein vollständiger. Und in Zukunft werden sich die „Freiheitlichen“ hüten, auch nur den Schein der Judenfreundschaft zu erwecken.

Jetzt ist es klar und deutlich: der Antisemitismus ist Herr im Lande. Er wird die Herrschaft, die nunmehr durch die Erwerbung der Majorität im Landtage eine absolute wurde, ausnützen, weil er sie ausnützen

muss, wenn er zeigen will, dass seine Herrschaft noch besteht. Wenn sonst ein Sieg errungen ist, nimmt auch die Brandschatzung des Unterworfenen ein Ende. Hier ist der Sieg erst recht der Anfang des Krieges. Und der Antisemitismus ist kein milder Herrscher. Er wird den Tribut von uns systematisch fordern. Die Aermsten unter uns werden unter dem Joche am meisten leiden. Die Landesgesetze geben dem Landtage genügende Mittel in die Hand, unsere Handwerker und unsere Hausierer, unsere Lehrer und unsere Schüler die Oberhoheit einer feindlichen Macht fühlen zu lassen. Ueberall, wo der Einzelne eine Stütze an der Gemeinschaft, der Bürger am Staate, der Privatmann an der Behörde finden soll, wird man uns zeigen, dass man uns nicht als Glieder dieses Ganzen betrachtet.

Wir sind nunmehr ein besonderer Körper, der ein besonderes Leben hat. Und da nun die ersten Wahlen uns gezeigt haben, dass wir nicht mit den anderen, sondern höchstens neben ihnen leben sollen, so haben wir die Pflicht, uns selbst um unseren Körper und seine Funktionen zu kümmern. Das einzige Organ des jüdischen Körpers ist derzeit die Kultusrepräsentanz. Es ist das einzige Organ, durch das wir unsere Lebensfähigkeit und unseren Lebenswillen zeigen können. Eine politische Organisation in dem Sinne, dass sie als ein Teil des Staates angesehen würden, ausgestattet mit Funktionen des Staates, bilden gegenwärtig in Oesterreich die allerwenigsten Kultusgemeinden. Aber man sagt von den Lebewesen, die an einem Sinne oder seinem Werkzeug Mangel leiden, dass sie all ihre Kraft zur Stärkung ihrer anderen Organe verwenden und dass es ihnen so gelingt, mit einem Gliede Leistungen zu erzielen, die ihm sonst nicht zukommen. Das ist jetzt unser Fall. Wir müssen leben in diesem einen Organ und deshalb muss es die mannigfachsten Funktionen erfüllen. Unser soziales, unser wirtschaftliches, unser kulturelles Leben muss jetzt durch dieses Organ seinen Ausdruck finden.

Und daraus ergibt sich zweierlei: Zuerst werden wir dieses Organ so ausstatten müssen, dass es alle diese Funktionen zu erfüllen imstande ist. In die Sprache der Wahlen übersetzt, heisst das: Sitz und Stimme in der Verwaltung der Kultusgemeinde darf jetzt nur derjenige erhalten, der sich bewusst ist, dass die Judentum mit allen Faktoren ihres Lebens auf diese Vertretung angewiesen ist, die darum in keinem Falle den Dienst versagen darf. Diese Behörde muss ihre Kompetenzen immer mehr zu erweitern streben. Sie muss aus den letzten Vorgängen die Lehre gezogen haben, dass wir in unserer Isolierung selber alle unsere Kräfte regen müssen. Wir werden uns nicht beklagen, dass niemand „etwas für uns tun“ will. Warum sollte er das auch? Aber wir werden nicht so schlaff sein, auch selber nichts für uns zu tun.

Die zweite Folge ist, dass das Leben dieses Körpers in allen seinen Teilen ein möglichst kräftiges, ein möglichst gesichertes, ein vor Unfällen und Zufälligkeiten möglichst geschütztes sein muss. Der soziale Körper ist ein Zusammenschluss einzelner menschlicher Individuen. Je fester der Zusammenschluss, je grösser die Zahl der Vereinten, desto widerstandsfähiger ist der Körper. Die Repräsentanz eines gesellschaftlichen Gebildes schöpft ihre Macht lediglich aus den Kräften der vertretenen Gesellschaft. Für die Kraft des Organs ist die erste Voraussetzung die Stärke der Organisation.

## Zionistische Taktik.

Von Dr. Elias (Mülhausen i. E.).

Die vom Zionismus geplante Kolonisation Palästinas kann erst nach Beendigung verschiedener Vorarbeiten in Angriff genommen werden. Es muss zunächst den Juden der Nachweis geliefert werden, dass sie nur durch Gründung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina oder seinen Nebenländern die Judennot heben werden, dass sie also mit allen ihren Mitteln für die Gründung einer solchen Heimstätte eintreten müssen; es muss ferner der Beweis geliefert werden, dass eine solche Heimstätte den Kulturstaaten und speziell der Türkei keinen Schaden, sondern Nutzen bringen werde; es müssen endlich die für die Gründung dieser Heimstätte notwendigen Mittel flüssig gemacht werden.

Diese Vorarbeiten sind teilweise beendet. Die zionistische Idee findet immer mehr unter den Juden Verständnis; die europäischen Machtfaktoren treten ihr nicht hindernd in den Weg; die türkische Regierung hegt gegen eine jüdische Besiedlung Palästinas und seiner Nebenländer keine prinzipiellen Bedenken mehr; die Jüdische Kolonialbank und der Nationalfonds stellen einer künftigen Kolonisation ganz ansehnliche Summen zur Verfügung.

Doch, so ansehnlich diese Summen auch sind, sie reichen nicht aus, um das Werk zu Ende zu führen, das der Zionismus plant. Wenn auch das Aktienkapital der Kolonialbank voll eingezahlt sein wird und die Bank mit möglichst grosser Intensität arbeitet, und auch der Nationalfonds die Hoffnungen erfüllt, die seine Gründer und seine Freunde an ihn knüpfen — die Summen, die den beiden Instituten zur Verfügung gestellt werden, werden nur ausreichen, um einen Teil unseres Volkes zu kolonisieren.

An dieser Tatsache ändert auch der feste Wille der zionistischen Führer nichts, mit dem jetzigen in den jüdischen Kolonien üblichen System der Bevormundung und Administration zu brechen und der Kolonisation rationelle Prinzipien zugrunde zu legen. Mögen die Männer, die das künftige Kolonisationswerk leiten werden, noch so methodisch und noch so vorsichtig und noch so ehrlich vorgehen: sie werden nur so weit Arbeitsgelegenheiten schaffen können, als Mittel vorhanden sind. Welche Summen unter Umständen notwendig sind, um Arbeitsgelegenheiten in grosser Zahl zu schaffen und die ökonomische Existenz eines Volkes zu ermöglichen, geht aus Aussagen hervor, die vor kurzer Zeit die Boerenführer machten. Sie behaupten, dass das Boerenvolk, das aus 2—300 000 Menschen besteht, 1,5 Milliarden Fres. braucht, um ökonomisch unabhängig zu bleiben. Dabei ist zu bemerken, dass die Boeren in ihrem eigenen Lande wohnen und Besitzer des Bodens sind. Mag auch die Berechnung der Boerenführer pour les besoins de la cause arg übertrieben sein, so wird man doch aus derselben den Schluss ziehen können, dass ein Volk, das numerisch stärker ist als das Boerenvolk, das einen weiten Weg zurückzulegen hat, um in das Land zu gelangen, das es besiedeln soll, das auch noch nicht im Besitze des Bodens sich befindet, das sich ferner nur in geringem Grade für eine neue Lebensweise und eine kolonisationsartige Tätigkeit vorbereiten konnte, mit den Kapitalien der Kolonialbank und des Nationalfonds nicht auskommen werde.

Zu ähnlichen Resultaten gelangt man, wenn man bedenkt, dass auf Martinique die 20—30 000 Köpfe zählende Bevölkerung, die durch den bekannten Ausbruch des Mont Pelée von der Scholle vertrieben wurde, nur mit einem Kostenaufwande von vielen Millionen in einem anderen Teile der Insel angesiedelt werden kann.

Wir müssen uns darauf vorbereiten können, möglichst bald sehr grosse Massen kolonisieren zu können. Wir dürfen deshalb keine Gesegenheit versäumen, möglichst viele kapitalskräftige jüdische Gesellschaften für unsere Sache zu interessieren. In erster Linie kommt die Ica in Betracht. Auf sie machte schon Rabbiner Mobilewer aufmerksam, als er in einem Briefe, der auf dem I. Kongress verlesen wurde, den Rat gab, sich an die Ica zu wenden.